

Nützliche Nachrichten 5/2007

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Sparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 13. Mai 2007

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Putsch light und Demokratie á la Türkei?

Von Memo Sahin

Am 27. April 2007 um 23.10 Uhr Ortszeit, verbreiteten die Agenturen per Internet ein Ultimatum der türkischen Armeeführung an die Adresse der gewählten Regierung in Ankara. Die türkische Gesellschaft hielt den Atem an und wartete darauf, wann die ersten Panzer in Ankara rollen würden, denn die türkischen Streitkräfte haben immer nachts geputzt. Das war so im Jahre 1960, 1971 und 1980 auch. Durch Ultimaten und durch einige rollende Panzer zwangen die Generäle den islamistischen Regierungschef Erbakan im Jahre 1997 "unblutig" zum Rücktritt. Dieses Ereignis ging als "Postmoderner Putsch" in die Geschichte der Türkei ein.

Bevor die türkische Regierung sich zu dem jüngsten Ultimatum der Generäle äußern konnte, kam die Antwort zwei Stunden später von jenseits des Atlantiks. Die USA stellten sich diesmal gegen die Putschversuche der türkischen Generäle. Erst nachdem die Amerikaner und die EU sich gegen dieses Vorgehen der türkischen Armee gewandt hatten, fühlte sich die türkische Regierung erleichtert und äußerte sich - allerdings 15 Stunden später.

Zurück zum Ultimatum: "Es darf nicht vergessen werden, dass die türkischen Streitkräfte die Hüter der laizistischen Ordnung sind... Die Armee verfolgt die mit der Präsidentenwahl verbundenen Debatten um die säkulare Ordnung des Landes mit Sorge. Bestrebungen gewisser Kreise, die Grundwerte der Republik und allem voran den Laizismus auszuhöhlen, haben in jüngster Zeit merklich zugenommen... Wer sich gegen den Ausspruch des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk, „Ne mutlu Türküm diyene - Welch ein Glück, Türke zu sein“ stellt, ist ein Feind der Republik. Die Armee wird ihre Position und ihre Einstellungen offen zeigen, wenn es notwendig wird. Daran sollte niemand zweifeln...“, ließen die Mächtigen im Lande verbreiten.

Die Vorgeschichte: Im Wahljahr in der Türkei geht der Machtkampf zwischen Kemalisten und den Feinden ihrer geheimen Verfassung - Islamisten und Kurden - unvermindert weiter. Nach der Regierung und der Parlamentsmehrheit kann nun mit der Nominierung eines AKP-Angehörigen zum neuen Staatspräsidenten dieses Bollwerk des kemalistischen Kontrollmechanismus in die Hände der islamischen Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei AKP geraten.

Um diese Entwicklung zu torpedieren, haben die kemalistischen Generäle sich nicht gescheut, in den Jahren 2003 und 2004 zweimal Putschpläne gegen die gewählte Regierung auszuarbeiten, sich hinter die Bombenleger aus den Reihen der Gendarmerie in Semdinli und Yüksekova zu stellen, die

nationalistisch-rassistischen Hetzkampagnen gegen Kurden, Christen und den Westen öffentlich zu unterstützen.

Die Ereignisse in Semdinli im November 2005, die Ermordung von etwa 20 kurdischen Zivilisten während friedlicher Demonstrationen im März und April 2006, die zehn Opfer der Bombenanschläge in einem Park der Kurdenmetropole Diyarbakir im September 2006, die Morde an dem katholischen Priester Santoro im Februar 2006, am armenischen Menschenrechtler und Journalisten Hrant Dink im Januar 2007 und schließlich die drei auf bestialische Weise geköpften Christen im April 2007 in Malatya gehen auf das Konto von im Dunklen agierenden Kräften, die enge Verbindungen zum Militär und Geheimdienste aufweisen.

Mit diesen Machenschaften, bei denen die Regierung machtlos zuschaut, wollten die Mächtigen des "tiefen Staates" den Eindruck verbreiten, die Regierung sei nicht Herr der Lage.

Was nun? Nachdem das Verfassungsgericht die erste Runde der Präsidentschaftswahl für ungültig erklärt hatte, verkündete Premier Erdogan noch am gleichen Tag, dass die vorgezogenen Parlamentswahlen Ende Juni oder Anfang Juli stattfinden werden. Durch eine Verfassungsänderung solle der neue Staatspräsident dann vom Volke gewählt werden, erklärte Erdogan.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes wird als Fortsetzung des Ultimatums der Armee verstanden und entspricht einem Justizputsch in der Türkei. Denn bei den bisherigen Präsidentschaftswahlen war die Klausel, nach der zwei Drittel der Abgeordneten im Parlament teilnehmen müssen, nie praktiziert worden.

Das Ultimatum der Armee und die Entscheidung des Verfassungsgerichtes zeigen, dass der Kampf der türkischen Elite gegen die AKP-Regierung noch nicht abgeschlossen ist. Der türkischen Armee, die zweimal im Jahr Offiziere wegen der Kopftücher ihrer Ehefrauen aus ihren Reihen verjagt hat, wird es schwer fallen, jemanden, dessen Frau Kopftuch trägt, als Oberkommandierenden anzuerkennen.

Auch gegenüber den Kurden wird der Ton der türkischen Politik hauptsächlich vom Militär bestimmt. Obwohl die militante Kurdische Arbeiterpartei PKK einen Waffenstillstand ausgerufen hat, werden die militärischen Operationen in aller Härte fortgesetzt. Gegenüber den kurdischen Führern in Süd-Kurdistan (Irak) wird eine nationalistische Hetzkampagne geführt. Die Regierung wurde sogar aufgefordert, die Tür zu einer grenzüberschreitenden Militäroperation zu öffnen.

Erst nach den vorgezogenen Parlamentswahlen am 22. Juli wird sich zeigen, welchen Weg die AKP tatsächlich gehen wird.

Auf der Agenda stehen kurzfristig Schritte zur Lösung der Kurdenfrage, gutnachbarliche Beziehungen zu den irakischen Kurden und langfristig die Verabschiedung einer neuen Verfassung und die Fortsetzung des EU-Prozesses.

Die Kemalisten und ihre nationalistischen Unterstützer aus dem rechten und linken Lager, an erster Stelle aber die Armeeführung, werden mit allen Mitteln versuchen, die in der geheimen Verfassung und im Ultimatum vom 27. April 2007 benannten Feinde - Islamisten und Kurden - durch Provokationen, Intensivierung der Kampfhandlungen gegen die PKK und durch eine Invasion gegen Irakisch-Kurdistan gegeneinander auszuspielen. Auch neue Attentate könnten auf die Tagesordnung kommen. Wenn die Bodyguards eines Premiers Sicherheitswesten tragen, ist der Ernst der Lage leicht zu verstehen.

Um den Weg zu solchen Entwicklungen zu stoppen, muss die AKP die Klugheit und auch den Mut aufweisen, dieses Spiel zunichte zu machen. Ein erster Schritt hierzu wäre die Einstellung der in letzter Zeit enorm vermehrten Razzien und der Verhaftungswelle gegen die Funktionäre der kurdischen Partei für eine demokratische Gesellschaft DTP und gegen die legalen kurdischen Einrichtungen. Dazu zählt auch die ungehinderte Teilnahme der DTP über unabhängige Direktkandidaten an den Parlamentswahlen. Dadurch hätte die DTP die Chance, mit 20 bis 35 kurdischen Parlamentariern ins Parlament einzuziehen, die als Partner für die Demokratisierung des Landes, den Fortgang des EU-Prozesses und schließlich für die Lösung der Kurdenfrage gesehen werden müssten.

Sowohl die AKP von Premier Tayyip Erdogan als auch die Kurden sollten nicht vergessen, dass das Jahr 2007 für beide Lager ein schwieriges Jahr sein wird. In dieser komplizierten Phase ist größte Vorsicht und Sensibilität angesagt, denn die Botschaft der Generäle lautet: "Wer sich gegen den Ausspruch des Staatsgründers Mustafa Kemal Atatürk, 'Welch ein Glück, Türke zu sein', stellt, ist ein Feind der Republik." Wer auf diese Weise zu den Feinden der Republik gezählt wird, muss die Konsequenzen ziehen und punktuell zusammenarbeiten!

(FR, 5.5.07)

Ereignis-Kalender

Christen die Kehle durchgeschnitten

Bei einem Überfall auf einen christlichen Verlag in Malatya sind am 18. April drei Menschen getötet worden, darunter auch ein seit 2003 in der Stadt lebender Deutscher.

Die Angreifer fesselten die Verlagsmitarbeiter an Händen und Füßen und schnitten ihnen dann die Kehlen durch. Kurz darauf wurden sie von der rasch herbeigerufenen Polizei im dritten Stock des Gebäudes, in dem sich der Verlag befindet, überrascht. Die Polizei fand die Opfer gemeinsam mit fünf Tatverdächtigen in einem Zimmer vor.

Einer der Tatverdächtigen wurde ebenfalls verletzt, als er versuchte, sich durch einen Sprung aus dem Fenster vor der Polizei aus dem Staub zu machen.

Gegen das Verlagshaus hatten in der Vergangenheit Mitglieder der sogenannten „Idealistenclubs“ protestiert. Es handelt sich dabei um Rechtsradikale, die in Europa auch unter dem Namen „Graue Wölfe“ bekannt sind. Dem Verlag wurde die Verteilung von Bibeln an Muslime vorgeworfen. Aus Malatya stammten in den Siebzigerjahren zahlreiche führende Aktivisten der „Grauen Wölfe“, darunter auch der als Papstattentäter bekannt gewordene Ali Agca.

(CNN Turk, 18.4.07; YÖP, H und Die Presse, 19.4.07)

Razzien gegen Kurden

Am 17. und 18. April 2007 durchsuchte die Polizei in Köln und Bayern mehr als 70 Wohnungen, Geschäftsräume und Kulturvereine politisch aktiver Kurdinnen und Kurden. Ihnen wird die Unterstützung der seit 1993 verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans PKK vorgeworfen.

Wie kann es sein, dass Theorie und Praxis 180 Grad entgegen gesetzt sein könne. Denn in dem vom damaligen Bundesinnenminister Otto Schily Anfang April 2000 vorgelegten Verfassungsschutzbericht heißt es u.a.: „Die Organisation will ihre Interessen jetzt auf friedlichem Wege und mit legalen Mitteln

verfolgen und strebt die politische Anerkennung in der Türkei, aber auch in den europäischen Staaten an."

Fünf Jahre später unterstreicht der Verfassungsschutz Nordrheinwestfalen in seinem Bericht im Jahre 2005 die obige Sichtweise: „Während die Organisation in Westeuropa bisher ihren äußeren Friedenskurs konsequent verfolgt, kommen im Südosten der Türkei wieder die ‚Volksverteidigungskräfte‘ (HPG) zum Einsatz. (Verfassungsschutzbericht NRW über das Jahr 2005, S. 135)

Folgt man der Logik der Verfassungsschutzberichte und Bundespolitiker, müsste das Verbot der PKK eigentlich schon längst aufgehoben sein. Aber das Gegenteil wird auch im Jahre 2007 praktiziert.

Die fortdauernde Repression gegen politisch aktive kurdische Migrantinnen und Migranten in Deutschland stellt für die türkische Regierung eine offene Ermutigung dar. Mit der Beibehaltung des PKK-Verbots, Waffenlieferungen an die türkische Armee und der Abschiebung von Flüchtlingen in die Türkei macht sich die Bundesregierung mitschuldig an der blutigen Unterdrückung der Kurdinnen und Kurden in der Türkei.

Näheres bei: AZADI e.V., Azadi@t-online.de;

www.nadir.org/azadi/; YEK-KOM e.V., yekkom@gmx.net; MdB Ulla Jelpke, ulla.jelpke@bundestag.de

TIHV: Null-Toleranz gegen Folterer

Jahresbericht der Behandlungszentren der Menschenrechtsstiftung TIHV in den Städten Adana, Ankara, Diyarbakir, Istanbul und Izmir für das Jahr 2006

Seit 1990 haben sich 10.786 Personen an die TIHV mit der Bitte um Behandlung gewandt.

Im Jahre 2006 beantragten 337 Personen eine Behandlung, unter denen 222 im selben Jahr festgenommen worden waren.

Als Orte der Folter sind die Polizeipräsidien und Stationen (Polizei und Gendarmerie) weiterhin führend.

Im Vorjahr hatten 692 Personen eine Behandlung wegen gesundheitlicher Probleme aufgrund von Folter beantragt. Damit wurde ein deutlicher Rückgang der Anträge verzeichnet.

Allerdings ist bei den "akuten" Fällen (Folter im gleichen Jahr) eine Zunahme von 193 (2005) auf 222 (2006) zu verzeichnen.

Unter den Antragsteller sagten 54 Personen, dass sie auf der Straße, im Haus oder in einem Fahrzeug gefoltert wurden. Von den anderen Personen nannten viele die Anti-Terror-Abteilung in den jeweiligen Polizeipräsidien als den Folterort (Adana: 73; Diyarbakir: 28, Istanbul: 11, Izmir: 7 und Mersin: 7). Sehr häufig wurden lokale Polizeipräsidien und Polizeistationen als Folterort genannt.

Über die Hälfte der Gefolterten (50,7%) waren zwischen 19 und 30 Jahre alt. Über 70% (240) der Gefolterten waren männlich und 27,9% weiblich (93). 60% der Gefolterten stammten aus Südost- und Ostanatolien. 88% (293) gaben an, aus politischen Gründen gefoltert worden zu sein.

Der Generalsekretär Dr. Metin Bakkalci machte in seinem Vorwort auf folgende Erkenntnisse aufmerksam:

Es gibt Zentren, in denen speziell ausgebildetes Personal arbeitet. Foltermethoden ähneln sich in verschiedenen Ortschaften. Es wird darauf geachtet, Methoden anzuwenden, die keine Spuren hinterlassen. Die Straflosigkeit von Folterern ist nach wie vor ein besonderes Problem. Trotz verschiedenen gesetzlichen Maßnahmen ist Folter nach wie vor systematisch und weit verbreitet.

(Jahresbericht 2006 der Behandlungszentren TIHV, 17.04.07)

Frauen appellieren: Lasst uns die Waffen für immer begraben

Das Kurdische Frauenbüro für Frieden - CENI übergab am 27. April 2007 in Berlin Unterschriften an drei Vertreterinnen der Linksfraktion im Bundestag. 12.000 Frauen unterzeichneten den Appell von CENI, der unter dem Motto „Lasst uns die Waffen für immer begraben“ stand.

Der Appell weist darauf hin, dass Frauen in kurdischen Provinzen der Türkei als Hauptleidtragende des andauernden Konflikts sind und fordert die Bundeskanzlerin auf, sich als amtierende EU-Ratspräsidentin für eine friedliche Lösung der kurdischen Frage einzusetzen.

Dr. Kirsten Tackmann, Heike Hänsel und Sevim Dagdelen nahmen die Unterschriftenlisten entgegen. Sie versprachen die Weitergabe an die zuständigen Gremien des Bundestages.

Ursprünglich planten die Initiatorinnen die Unterschriften an VertreterInnen der Bundesregierung bzw. des EU-Ausschusses zu übergeben. Diese hatten entsprechende Anfragen aber ohne Angabe von Gründen zurückgewiesen.

"...Unsere Welt ist Zeuge unzähliger grausamer Kriege, von den zwei Weltkriegen bis zu einer Vielzahl regionaler und bilateraler Kriege. Gegenwärtig finden kriegerische Auseinandersetzungen statt im Irak, zwischen Israel und Palästina, zwischen Sri Lanka und den Tamil Tigers (LTTE), zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC-Guerilla sowie zwischen dem türkischen Staat und der kurdischen Befreiungsbewegung (Kongra-Gel). Wenn wir uns die Bilanz der Kriege und der Gewalt vor Augen führen, so sehen wir eine erschreckende Realität von nackter Brutalität und Grausamkeit.

Wir Frauen, die wir bei keiner Art von Gewalt und Krieg parteiisch sind und die Gewalt nicht akzeptieren, sind deren Leidtragenden. Werden wir zum einen durch den Krieg dazu gezwungen, den Schmerz über den Verlust unserer Kinder, unserer Ehemänner, unserer Geschwister und Väter zu tragen, sind wir auf der anderen Seite mit physischen, sozialen, geistigen und ökonomischen Problemen als Kriegsfolgen konfrontiert. Tausende von uns wurden in Kriegen angegriffen, ermordet, vergewaltigt, verhaftet und gefoltert. Wir wurden zur Flucht in Länder gezwungen, deren Sprache und Kultur wir nicht kennen. Während wir aufgrund der Schmerzen des Krieges Tränen zu vergießen hatten, mussten wir den Überlebenskampf gegen Kälte und Hunger führen. Aus diesen Gründen nehmen wir gegen alle Arten der Gewalt, in erster Linie die des Krieges, unseren Platz auf der Seite des Friedens ein.

Die Angehörigen des kurdischen Volkes, dessen Identität, Sprache und Kultur noch immer nicht anerkannt werden und das Vernichtung und Verleugnung ausgesetzt ist, führen seit annähernd dreißig Jahren einen Freiheitskampf. Ihre Forderung ist die Anerkennung der kurdischen Sprache, Identität und Kultur sowie weiterer universeller demokratischer Rechte. Sie fordern die Möglichkeit, ihr Leben frei und gleichberechtigt zu führen.

Während des 30-jährigen Krieges verloren mehr als 30.000 Menschen ihr Leben. Tausende wurden aus ihren Dörfern vertrieben, mehr als 3.000 Dörfer wurden von staatlichen Sicherheitskräften zerstört und entvölkert.

Unzählige von Frauen wurden Gewalt, sexueller Folter und Vergewaltigung durch Sicherheitskräfte und so genannte Dorfschützer ausgesetzt. Hunderte von Kindern sind aufgrund von Minenexplosionen verstümmelt worden. Im Verlauf des 30-jährigen Kampfes hat die kurdische Befreiungsbewegung viermal einen einseitigen Waffenstillstand verkündet, um die kurdische Frage auf demokratischem und friedlichem Wege zu lösen.

Leider blieben diese Chancen wegen des Beharrens des türkischen Staates auf seiner Verleugnungs- und Vernichtungspolitik ungenutzt. Das Ergebnis war immer eine Zunahme der staatlichen Militäroperationen, so dass die Voraussetzungen für die bisherigen vier Waffenstillstände ausgehöhlt wurden. Die Gemeinschaft der Kommunen in Kurdistan (Koma Komalên Kurdistan) hat trotz allem erneut am letzten 1. Oktober zum fünften Mal einen einseitigen Waffenstillstand erklärt. Sie versucht, die kurdische Frage nicht über den Weg der Gewalt, sondern mit friedlichen Methoden zu lösen.

Wir Frauen aus verschiedenen Völkern unterstützen den Waffenstillstand der KKK und rufen den türkischen Staat sowie die internationalen Kräfte (wie die EU und USA) dazu auf, ihrer Verantwortung nachzukommen, damit dieser Waffenstillstand in einen dauerhaften Frieden münden kann. Wir fordern eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage.

(Ceni – Kurdisches Frauenbüro für Frieden, IFE – Initiative Feministe Europeene und IFWF – Free Womans Foundation, ceni_frauen@gmx.de)

Weiteres Ermittlungsverfahren gegen 54 DTP-Bürgermeister

Gegen alle 54 Bürgermeister der DTP ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil diese die Regierung dazu aufgerufen hatten, die Aussagen zu einer Vergiftung Abdullah Öcalans durch eine unabhängige Expertenabordnung untersuchen zu lassen. Damit hätten sie „Werbung für eine terroristische Organisation“ betrieben, heißt es in der Anklage. Im Namen der Bürgermeister hatte Osman Baydemir als Oberbürgermeister von Diyarbakir eine Erklärung abgegeben, in der er darauf verwiesen hatte, dass die Spannungen in der Türkei durch die bevorstehenden Staatspräsidentenwahlen, die Ermordung von Hrant Dink und weitere Vorfälle stark angestiegen seien. Die Aussagen zu einer Vergiftung Abdullah Öcalans hätten diese Anspannung auf ein noch gefährlicheres Niveau gebracht. Um alle Zweifel in dieser Angelegenheit auszuräumen, die zu schweren gesellschaftlichen Problemen führen könne, müsse eine unabhängige Untersuchung durch Institutionen wie die Ärztekammer und die Menschenrechtsstiftung durchgeführt und die Ergebnisse unverzüglich der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

(ANF, 28.4.07, ISKU)

13 Friedensmütter festgenommen

In Istanbul sind 13 Mitglieder der Initiative „Mütter für den Frieden“, die seit über zehn Wochen jeden Mittwoch zur Unterstützung des einseitig von der PKK am 1. Oktober 2006 erklärten Waffenstillstands eine Kundgebung am Galatasaray-Gymnasium abhalten, festgenommen worden. Als Begründung für das Verbot der Kundgebung wurden die vom Istanbul-Gouverneur nach dem 1. Mai erlassenen Sicherheitsbestimmungen genannt. Ebenfalls festgenommen wurde das IHD-Vorstandsmitglied Dogan Genc.

(ANF, 2.5.07, ISKU)

Schließung von Roj-TV abgelehnt

Das für die Lizenzvergabe für TV-Sender zuständige dänische Mediensekretariat des Kultusministeriums hat die Vorwürfe der Türkei, Roj TV würde zur Gewalt und Hass anstacheln sowie Kinder bei gewalttätigen Auseinandersetzungen einsetzen, als nicht zutreffend zurückgewiesen. In einer neu veröffentlichten siebenseitigen Erklärung legt das Mediensekretariat dar, warum Roj TV die von der Türkei behaupteten Rechtsverletzungen nicht begangen habe. Die Türkei habe keine konkreten Beweise vorgelegt. Ein weiteres rechtliches Vorgehen der Türkei sei ebenfalls nicht möglich.

Ein polizeiliches Ermittlungsverfahren gegen Roj TV zu der Frage, ob zwischen dem Sender und der PKK eine organische Verbindung besteht und der Sender finanzielle Unterstützung von der PKK erhält, läuft allerdings weiter. Die bisher von der Türkei vorgelegten Beweise waren von der Staatsanwaltschaft im Februar dieses Jahres als unzureichend bezeichnet worden und die Türkei im April zur Vorlage weiterer Beweismittel aufgefordert worden.

(ANF, 3.5.07, ISKU)

EuGH: Türkei wegen Folter verurteilt

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Türkei abermals wegen "grausamer Folter" und schwerer Misshandlung verurteilt. Die Straßburger Richter gaben am 3. Mai 2007 einem mutmaßlichen Mitglied der PKK und einem schwer körperbehinderten Aktivisten einer linksextremen Splitterpartei Recht. In einem dritten Fall verurteilte das Straßburger Gericht Ankara wegen der Auflösung der 1997 gegründeten Demokratischen Massenpartei (DKP), die für die Rechte von Kurden und anderen Minderheiten eingetreten war. Der Partei und ihrem Gründer wurde Schadenersatz in Höhe von 15.000 Euro zuerkannt.

Die DKP wurde vom türkischen Verfassungsgerichtshof verboten. Er hatte diese Entscheidung im Februar 1999 mit dem Programm der Partei begründet, in dem die Existenz nationaler Minderheiten in der Türkei anerkannt wird. Damit ziele die DKP auf die "Zerstörung der Integrität der Nation" ab, urteilten die Verfassungsrichter. Diese Entscheidung wertete der Gerichtshof für Menschenrechte als Verstoß gegen das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, zumal die DKP in ihrem Programm nicht zu Gewalt aufgerufen habe.

(ORF.at, 4.5.07)

Zehn Monate Haft nach Artikel 301

In der Türkei ist ein früherer DEP-Abgeordneter auf Grundlage des umstrittenen Artikels 301 des Strafgesetzbuches zu zehn Monaten Haft verurteilt worden. Der Vertreter der DTP (Partei der Demokratischen Gesellschaft) in der Provinz Kars, Mahmut Alinak, wurde der "Beleidigung des türkischen Parlaments und des Generalstabs" für schuldig befunden, berichtete die türkische Zeitung "Zaman" am 7. Mai in ihrer Internetausgabe.

Alinak hatte bei der Eröffnung eines DTP-Gebäudes in der Stadt Ardahan schwere Vorwürfe gegen die türkische Militärführung wegen eines Bombenanschlags im November 2005 in Semdinli im Kurdengebiet auf eine Buchhandlung erhoben. Dabei war ein Kurde ums Leben gekommen. Der Fall Semdinli hatte für erhebliches Aufsehen gesorgt, weil der heutige Armeechef Yasar

Büyükani den Hauptbeschuldigten Ali Kaya öffentlich als "guten Jungen" gelobt hatte.

Der DTP-Politiker hatte in seiner Rede das "Regime" in Ankara beschuldigt, die Hintermänner des Anschlags zu beschützen. Das Parlament tue das, was die "Contraquerilla" befiehlt, auch der Generalstab und die Präsidentschaft, so Alinak. Das Gericht sah damit den Tatbestand der "Herabwürdigung der Grundlagen und Institutionen des Staates" gemäß Artikel 301 als erfüllt an.

(Zaman und Der Standard.at, 7.5.07)

Unbefristeter Hungerstreik seit 11. April

Am 11. April 2007 traten 70 Kurdinnen und Kurden -davon 18 unbefristet- in einen Hungerstreik. Die Hungerstreikenden möchten mit ihrer Aktion die Öffentlichkeit auf die vermeintlichen Vergiftungsversuche gegen den PKK Vorsitzenden Öcalan aufmerksam machen und fordern dass das Antifolterkomitee des Europarats (CPT) eine Delegation zwecks Untersuchung der Vergiftung entsendet.

Der gesundheitliche Zustand der Streikenden hat sich inzwischen sehr verschlechtert. Sie lehnen jegliche medizinische Behandlung ab.

Unter den unbefristeten Hungerstreikenden befindet sich auch Remzi Kartal, ehemaliger Abgeordneter der pro kurdischen Partei DEP (Demokratische Partei).

Parallel dazu finden in vielen Ländern und Städten Aktionen zur Unterstützung des Hungerstreiks statt. An dem am 12. Mai in Strassburg stattgefundenen Kundgebung nahmen zehntausende KurdInnen teil und solidarisierten sich mit den Hungerstreikenden.

Im Rahmen der von mehreren EP-Abgeordneten gestarteten Unterschriftenkampagne für die Entsendung einer unabhängigen Ärzteabordnung zu Abdullah Öcalan sind am 11. Mai 103.417 Unterschriften an das Antifolterkomitee (CPT) des Europarats überreicht worden.

Eine Abordnung der Hungerstreikenden ist am 10. Mai mit dem Generalsekretär des Antifolterkomitees des Europarats (CPT), Trevor Stevens, zusammengetroffen, um ihre Forderungen noch einmal dargestellt.

Der Generalsekretär des Europarats Terry Davis rief die Hungerstreikenden auf, ihre Aktion zu beenden. Davis teilte mit, er habe erfahren, dass sich die gesundheitliche Situation von einigen der Aktivisten verschlechtert habe; dies betrachte er mit Sorge und fordere sie deshalb auf, jede Art von Aktion zu vermeiden, mit der sie ihre Gesundheit weiter gefährdeten.

(PM des Vorbereitungskomitees, 8.5.07;
ANF, 10. und 11.5.07, ISKU)

Brief des Dialog-Kreis an Erdogan bezüglich des Hungerstreiks

Am 10. Mai schrieb der Koordinator des Dialog-Kreises den folgenden Brief an den türkischen Premier Erdogan.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident,
mit großer Sorge haben wir die zunehmende Unruhe der in EU-Europa lebenden Menschen kurdischer Abstammung beobachtet. Sie befürchten, der auf Imrali gefangene Abdullah Öcalan, könne vergiftet werden. In Straßburg gibt es bereits aus diesem Anlass größere Fastenaktionen. Auf einer Reise von

Ärzten durch die Türkei entstand ebenfalls der Eindruck, viele Menschen kurdischer Abstammung würden solche Befürchtungen teilen.

Um zu einer Klärung beizutragen, würden wir es sehr begrüßen, wenn eine Gruppe unabhängiger Ärzte und Toxikologen eine erneute Untersuchung nach den anerkannten Methoden der Wissenschaft vornehmen und deren Untersuchungsergebnisse ausführlich veröffentlicht würden.

Wir bitten Sie daher respektvoll, sich für einen solchen Schritt einzusetzen, durch den Klarheit in dieser Frage hergestellt werden könnte.

Wir sehen diese Angelegenheit auch im Zusammenhang mit den gegenwärtigen innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Türkei. In ihnen werden Feindbilder und Gewaltbereitschaft von interessierter Seite verstärkt und demokratische Werte sowie Menschenrechte in Frage gestellt. Eine Deeskalation in der Kurdenfrage mit dem Ziel ihrer friedlichen politischen Lösung könnte in dieser Situation ein wichtiger stabilisierender Schritt sein.

Wir erlauben uns aus diesem Grunde, Ihnen, sehr verehrter Herr Premierminister, ein Dossier beizulegen, in dem aus unserer Sicht wichtige Schritte zur Erreichung dieses Zieles skizziert sind.

Im Dialog-Kreis arbeiten Organisationen mit menschenrechtlicher und friedenspolitischer Orientierung zusammen. So die IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/ Ärzte in sozialer Verantwortung – Nobelpreis 1985), das Komitee für Grundrechte und Demokratie, Pro Asyl, Pro Humanitate, Netzwerk Friedenskooperative, Kooperation für den Frieden – eine Dachorganisation - und viele andere.

Wir begrüßen Sie mit vorzüglicher Hochachtung

Prof. Dr. Andreas Buro

DTP geht mit unabhängigen Kandidaten in die Parlamentswahlen

Auf einer zweitägigen Versammlung zur Festlegung ihrer Wahlstrategie hat die DTP beschlossen, zur Vermeidung eines Scheiterns an der Zehn-Prozent-Hürde über unabhängige Kandidaten an den vorgezogenen Parlamentswahlen am 22. Juli 2007 teilzunehmen. Die DTP will zu diesem Zweck in den türkischen Metropolen Bündnisse mit linken Parteien wie EMEP und SDP schließen. In den kurdischen Provinzen hingegen wird auf eine Zusammenarbeit mit anderen kurdischen Parteien, wie KADEP und HAK-PAR, aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten abgelehnt.

Als sichere Kandidaten gelten bisher die beiden Parteivorsitzenden Aysel Tugluk und Ahmet Türk sowie die ehemaligen DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak.

Trotz allen Streits, den die säkular-laizistischen mit den muslimisch-konservativen Türken haben, wird man sich schnell einig, wenn es darum geht, pro-kurdische Stimmen aus dem Parlament auszuschließen. Kurdischen Kandidaten soll es bei der bevorstehenden Parlamentswahl in der Türkei schwerer gemacht werden, als Unabhängige für sich zu werben. Die Abgeordneten in Ankara billigten deshalb am 10. Mai 2007 mehrheitlich eine Vorlage zur Einschränkung der bisherigen Sonderrechte für Einzelbewerber. Der Parlamentsbeschluss, der dem einen Riegel verschieben soll, muss noch von Präsident Ahmet Necdet Sezer gebilligt werden.

Bisher konnten unabhängige Bewerber auf separaten Stimmzetteln aufgeführt werden. Den jeweiligen Kandidaten war es erlaubt, diese Stimmzettel, auf denen ihr Name bereits eingetragen war, vor den Wahllokalen zu verteilen. Dies gab ihnen einen Vorteil gegenüber den Listenkandidaten - insbesondere im Kurdengebiet, wo viele Wähler Analphabeten sind und es deshalb als leichter empfinden, den vorgefertigten Stimmzettel abzugeben, anstatt einen Kandidaten aus den langen Parteilisten auszuwählen.

Die legale kurdische Partei DTP gewann bei der letzten Parlamentswahl im Jahre 2002 6,2 Prozent der Stimmen. Bei der bevorstehenden Wahl am 22. Juli hofft sie, mit 20 bis 35 formell unabhängigen Kandidaten ins Abgeordnetenhaus einziehen zu können.

(ANF, 9. und 10.5.07, ISKU;
baz.ch, Die Welt Online und Berliner Zeitung, 11.5.07)

Irakische Flüchtlinge

Die EU muß dringend ein abgestimmtes Konzept zu Schutz und Versorgung irakischer Flüchtlinge in der Region und in Europa vorlegen, hat amnesty international (ai) vor der Irak-Konferenz des UNHCR am 17./18. April in Genf und dem Treffen der EU-Innen- und Justizminister am 19./20. April in Luxemburg gefordert. ai ruft die EU auf, die Nachbarstaaten des Irak sowie internationale Hilfsorganisationen finanziell und technisch bei der Versorgung der Flüchtlinge zu unterstützen, selbst Flüchtlinge aus dem Irak großzügig aufzunehmen und keine Iraker in ihr Heimatland abzuschicken. „Bei diesem Ausmaß der humanitären Krise und der anhaltenden Gewalt in der Region ist es überfällig, daß die internationale Gemeinschaft und die EU irakische Flüchtlinge schützen und unterstützen, wo immer sie sich aufhalten“, sagte Ruth Jüttner, Irak-Expertin von ai.

In vielen EU-Ländern, vor allem in Deutschland, verfolgt die Regierung bisher ein gegenteiliges Programm. Deutschland hat gegen 20.000 anerkannte irakische Flüchtlinge Widerrufsverfahren eingeleitet, um ihnen die Asylanerkennung zu entziehen. Abschiebungen in den Nordirak haben bereits begonnen. „Diese Politik ist angesichts der allgegenwärtigen Gewalt im Irak nicht nur menschenrechtswidrig, sondern zynisch und zutiefst beschämend“, sagte Jüttner.

Über drei Millionen Iraker sind auf der Flucht – die größte Fluchtbewegung im Mittleren Osten seit 1948. Im Durchschnitt fliehen derzeit jeden Monat 50.000 Menschen aus dem Irak. Die meisten werden in Nachbarländern aufgenommen: Allein in Jordanien befinden sich zur Zeit etwa 750.000 Iraker, in Syrien wird ihre Zahl auf mindestens eine Million geschätzt.

(amnesty international, mesop, 24.4.07)

Neuerscheinungen

Türkei: Islam und Laizismus zwischen Staats-, Politik- und Gesellschaftsinteressen

Cemal Karakas

Die Zielsetzung des Reports ist (a) die Untersuchung der Bestimmungsfaktoren, die kennzeichnend waren für den Säkularisierungspfad in der Türkei und für den Islamisierungsprozess, der insbesondere seit den 1980er Jahren in Staat und Gesellschaft zu beobachten ist; (b) die Analyse des Phänomens „Politisierung des Islams“; und (c) die Untersuchung des dynamischen Transformationsprozesses in der türkischen

Islamismusbewegung entlang der Politik und des Wirkens der Wohlfahrtspartei (RP) hin zur aktuell regierenden Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP). (...)

Die Türkische Republik habe den Umbruch vom multireligiösen und multiethnischen Staat allein entlang des türkischen Nationalismus und des sunnitischen Islams bewerkstelligt – sie wurden zu den beiden Legitimationsressourcen des kemalistischen Staates. Die Hegemonie des Türkentums und die religiöse Homogenität sollten seinerzeit die nationale Identitätsbildung und territoriale Integrität stärken – dieses Dogma gilt bis heute.

Das kemalistische Laizismusverständnis sei autoritär und undemokratisch. Der Türkische Staat verfolge mit seinem Laizismusmodell die Kooptation des sunnitischen Islams, dem über drei Viertel der türkischen Bevölkerung anhängen. Die Türkei habe sich der exklusiven finanziellen Förderung dieses Glaubens und seiner Verwaltung über eine zentralstaatliche Behörde verpflichtet – damit sei der sunnitische Islam de facto verstaatlicht worden. Somit habe der Staat nicht nur sein Neutralitätsgebot gegenüber allen Religionen aufgegeben, sondern sich vor allem ein Interpretations- und Kontrollmonopol über diesen Glauben angeeignet. Hier komme es zu einer Politisierung des Islams „von oben“, also von Staatsseite aus, mit dem Ziel, durch die Propagierung eines republikanisch-laizistischen und ethno-nationalen, sprich türkifizierenden, Staatsislams die gesamte türkische Gesellschaft zu säkularisieren, unterschiedliche konfessionelle Gemeinschaften zu homogenisieren (vor allem den alevitischen Glauben zu sunnisieren) und die kurdische Identität zu marginalisieren, damit die territoriale Einheit des Landes (gegen kurdische Nationalisten) gesichert ist.

Die Europäische Union solle als größter Demokratieförderer der Türkei über den „politischen Hebel“ der Beitrittsverhandlungen darauf drängen, dass die Diskriminierungen der nichtsunnitischen und der kurdischen Bevölkerung beendet werden.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), 069-95 91 04-0, Fax: 069-55 84 81, karakas@hsfk.de, <http://www.hsfk.de>, ISBN: 978-3-937829-45-6, Euro 6,-

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/
Demokratischen Türkeiforum, info@tuerkeiforum.net,
www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org;
www.nadir.org/isku/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de,
www.mesop.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de,
<http://www.navend.de/>

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,
<http://www.pen-kurd.org/>